

HEIDE BARMAYER

Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft

QUELLEN UND FORSCHUNGEN ZUR AGRARGESCHICHTE

Begründet von
GÜNTHER FRANZ und FRIEDRICH LÜTGE

Herausgegeben von
Professor Dr. WILHELM ABEL und Professor Dr. GÜNTHER FRANZ
Göttingen Stuttgart-Hohenheim

BAND XXIV

Andreas Hermes und die Organisationen der deutschen Landwirtschaft

Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front,
Reichsnährstand 1928—1933

Von

Dr. phil. HEIDE BARMAYER

Hannover



GUSTAV FISCHER VERLAG · STUTTGART
1971

Gedruckt mit Unterstützung der Vereinigung der Freunde und Förderer
der Landwirtschaft, Hannover

ISBN 3-437-50155-0

© Gustav Fischer Verlag, Stuttgart, 1971

Alle Rechte vorbehalten

Druck: Grammlich, Pliezhausen

Einband: Sigloch, Künzelsau

Printed in Germany

Inhalt

Vorbemerkung	1
Einleitung	1
Hauptteil:	
Einleitung: Die Lage der Landwirtschaft in der Weimarer Republik	19
1. Hermes als Präsident der Vereinigung der deutschen (christlichen) Bauernvereine, ein Beitrag zur Geschichte des landwirtschaftlichen Organisationswesens in der ausgehenden Weimarer Republik (1928-1933)	24
a) Die Stellung der Vereinigung der deutschen (christlichen) Bauernvereine im landwirtschaftlichen Organisationswesen	24
b) Die Geschichte der Vereinigung der deutschen (christlichen) Bauernvereine	25
c) Die Wahl von Hermes zum Präsidenten der Vereinigung der deutschen (christlichen) Bauernvereine	29
d) Weltanschauliche Profilierung der Vereinigung der deutschen (christlichen) Bauernvereine unter Hermes	31
α) Programmatistische Namensänderung	32
β) Neuformulierung des Programms	35
γ) Christliche Standeserziehung (praktische Bildungsarbeit, Bauernschulen und Katholikentage)	36
δ) Propagandatätigkeit und Reform der inneren Organisation	40
e) Das Verhältnis der Vereinigung der deutschen (christlichen) Bauernvereine zur Politik	42
2. Das Problem der Einheitsorganisation in Schleswig-Holstein	46
3. Die Einheitsbewegung im Rheinland	59
a) Die Stellungnahme der Vereinigung der deutschen (christlichen) Bauernvereine zur Einheitsbewegung im Rheinland während der Präsidentschaft des Freiherrn von Kerckerinck	59
b) Die Stellungnahme der Vereinigung der deutschen (christlichen) Bauernvereine unter der Präsidentschaft von Hermes	
c) Die Notkundgebung der rheinischen Bauern in der Kölner Messehalle am 20. Februar 1929	75

4. Die Grüne Front	80
a) Der Begriff "Grüne Front" und die Tendenzen in der Literatur	80
b) Die Vorgeschichte der Bildung der Grünen Front	83
c) Das Selbstverständnis der Führer der Grünen Front	86
d) Das Programm der Grünen Front	89
e) Die erste Phase der Tätigkeit der Grünen Front (Febr./März 1929 - März 1930)	94
f) Die zweite Phase der Tätigkeit der Grünen Front unter den Reichsregierungen Brüning-Schiele, v. Papen - v. Braun, v. Schleicher - v. Braun	111
g) Die Agrarpolitik der Reichsregierung Hitler-Hugenberg (- v. Rohr) und die nationalsozialistische Machtergreifung innerhalb der Landwirtschaft im Bereich der berufsständischen landwirtschaftlichen Organisationen	120
5. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen	129
a) Einleitung	129
b) Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in der Weimarer Republik bis zum Ende der Stabilisierungsperiode	129
c) Die Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und die Zusammenarbeit von Klepper (Preussische Zentralgenossenschaftskasse) und Hermes (Vereinigung der deutschen (christlichen) Bauernvereine)	131
d) Grundsätzliche Einstellung von Hermes und der Vereinigung der deutschen (christlichen) Bauernvereine zur Vereinheitlichung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens	136
e) Die Gründung des genossenschaftlichen Einheitsverbandes (1929/30)	138
f) Der genossenschaftliche Reichsverband 1930-33 (Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften - Raiffeisen e. V.)	141
g) Darré's "Machtergreifung" im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen	145
h) Prozess und Urteil gegen Hermes	146
Schluss	150
Quellen- und Literaturverzeichnis	160
Namensregister	175

Vorbemerkung

Der hier vorliegende, für die Veröffentlichung leicht überarbeitete Teildruck meiner weit umfangreicheren Dissertation (1), die als Beitrag zu einer Biographie über Andreas Hermes die markanten Epochen seines beruflichen und politischen Lebens behandelt, umfasst nur einen sachlich und zeitlich eng begrenzten Abschnitt. Es scheint angebracht, zur Orientierung des Lesers in einer Einleitung bis an den hier behandelten Zeitraum heranzuführen und in einem abschliessenden Kapitel die Zeit nach 1945 zu skizzieren. So wird die Untersuchung in den Rahmen einer Kurzbiographie eingeordnet, in der die über diese Veröffentlichung hinausgehenden Ergebnisse meiner weiteren Untersuchungen mitgeteilt werden. Auch sollen dabei die an Hand einer Biographie über Andreas Hermes auftauchenden Probleme zur Sprache kommen und ihre Bedeutung für die Zeitgeschichte aufgezeigt werden.

Ich möchte an dieser Stelle allen denen danken, die in ganz unterschiedlicher Weise geholfen haben, dass diese Arbeit entstehen konnte. Mein verehrter Lehrer, Herr Professor Dr. Wilhelm Treue, hat die Untersuchung nicht nur angeregt, er hat darüber hinaus auch die verschiedenen Stadien ihres Entstehens mit seiner Kritik und Geduld begleitet. Daher gilt ihm mein erster, herzlicher Dank.

Von denen, die durch ihre Hilfsbereitschaft vieles erleichtert oder erst ermöglicht haben, können hier nur drei namentlich genannt werden: Herr Dr. Dr. Ferdinand Jacobs, der so grosszügig war, mir seine wertvollen Quellen, ergänzt durch zahlreiche Auskünfte, zur Verfügung zu stellen, Herr Dr. Heinrich Muth, der mir vor allem durch Hinweise auf Archive und Literatur half und der mich durch seine häufig abweichende Deutung zum Überdenken meiner Resultate zwang, Herr Regierungsdirektor Martin Knaut, der als stets kritischer Gesprächspartner mir die Möglichkeit gab, durch "allmähliche Verfertigung der Gedanken beim Reden" Unklarheiten zu beseitigen.

Nicht erwähnen kann ich alle die, die in den angeführten Archiven stets selbstlos und freundlich ihre Unterstützung gaben.

Den Herausgebern der "Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte", insbesondere Herrn Professor Dr. Günther Franz, bin ich für die Aufnahme meines Manuskriptes in diese Reihe sehr zu Dank verpflichtet.

Schliesslich habe ich dem Gustav Fischer Verlag, Stuttgart, zu danken, der überaus zuvorkommend die Drucklegung besorgte.

Gewidmet sei dies Buch meiner Mutter.

(1) Andreas Hermes. Seine Bedeutung für die deutsche Landwirtschaft in der Weimarer Republik und für den parteipolitischen Neuanfang in Berlin 1945, phil. Diss. Hannover 1969.

Einleitung

Geboren am 16. Juli 1878 in Köln als Sohn einer Familie des Kleinbürgertums - die Mutter stammte von einem Bauernhof, der Vater war Packmeister bei der Bahn -, entschloss sich Andreas Hermes nach dem Abitur auf der Oberrealschule in Mönchen-Gladbach zum Studium der Landwirtschaft. Zur Vorbereitung ging er für zwei Jahre als landwirtschaftlicher Eleve auf das Gut des Freiherrn von Solemacher-Antweiler, Schloss Wachenhof im Kreis Euskirchen. 1898 begann Hermes das Studium an der Landwirtschaftlichen Akademie Bonn-Poppelsdorf, nahm von dort an landwirtschaftlichen und kulturtechnischen Studienreisen nach Belgien, Holland und England teil und schloss 1900 sein Studium mit einem Diplom ab. Nach kurzer Tätigkeit als Feldverwalter auf dem Rittergut Stechau bei Schlieben in der Provinz Sachsen trat er darauf eine Stelle als Lehrer an der Landwirtschaftsschule zu Cloppenburg (Oldenburg) an. Schon im Frühjahr 1902 jedoch wurde er durch Vermittlung seines ehemaligen Lehrers Prof. Dr. Ramm Assistent am Poppelsdorfer Institut für Tierzucht, wo er mit Prof. Dr. Hansen an einem Werk über die Förderung der Rindviehzucht im In- und Ausland arbeitete. Das Ergebnis war ein mit Professor Hansen 1904 veröffentlichtes Werk über "Die Rindviehzucht im In- und Ausland" und für Hermes persönlich das Examen als Tierzuchtinspektor. Eine 1903 vorausgegangene längere Studienreise durch Frankreich, finanziert mit einem jährlich der Akademie Poppelsdorf verliehenen Stipendium des preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, gab die Grundlage für eine in Jena unter dem Nationalökonomem Geheimrat Dr. Pierstorff geschriebene Dissertation über den "Teilbau in Frankreich". Als Dr. phil. trat Hermes 1905 als Hilfsarbeiter bei der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Berlin an, wo er bis 1911 blieb. Seine sechsjährige Tätigkeit führte ihn auf ausgedehnten Studienreisen häufig ins Ausland: so nach Dänemark, Schweden, Österreich-Ungarn, in die Schweiz, nach Argentinien, Uruguay, Paraguay, Chile, wobei er seine Sprachkenntnisse erweiterte, sich zum Fachmann für internationale Agrarfragen entwickelte und eine Vielzahl von Kontakten zur internationalen Landwirtschaft aufnahm. Dies wurde für seinen späteren beruflichen Werdegang von Bedeutung. 1907 und 1911 nahm er an den internationalen Agrarkongressen in Wien und Madrid teil. 1910 verbrachte er fast ein Jahr in Argentinien, wo er die landwirtschaftliche Abteilung Deutschlands für die Weltausstellung organisierte. Während der Jahre bei der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft fand Hermes noch Zeit für Veröffentlichungen in den Mitteilungen der Gesellschaft und in den Berichten über Landwirtschaft. (1)

Am 27. Oktober 1911 begann er, nachdem er andere Angebote abgelehnt hatte, eine dreijährige Tätigkeit als Direktor der Technischen Abteilung des Internationalen Agrarinstituts in Rom, die mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges endete. Seine in Rom gewonnenen Erfahrungen bei der Herausgabe einer in fünf Sprachen erscheinenden monatlichen Zeitschrift kamen Hermes während des Weltkrieges zugute. Nachdem er sich als Kriegsfreiwilliger gemeldet hatte, wurde er auf Empfehlung des ihm

(1) Vgl. Reichardt, Fritz: Andreas Hermes, Neuwied 1953, S. 28ff.

bekannten Generalfeldmarschalls Freiherr v. d. Goltz in den Stellvertretenden Generalstab berufen, wo er unter v. Herwarth die Zeitungsstelle mit einem täglichen Informationsdienst für das Hauptquartier aufbaute. 1916 für kurze Zeit als Kanonier an der Front, wurde er schon bald auf Veranlassung der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums nach Rumänien und Bulgarien gesandt, um dort die heimische Wirtschaft, speziell den Ölfruchtanbau in Bulgarien und der Dobrudscha, zu organisieren. Erst nach dem Zusammenbruch kehrte er über Bukarest nach Berlin zurück.

In der Reichshauptstadt begann in der Weimarer Republik die dreijährige politische Karriere von Hermes als Reichsernährungs- und -finanzminister.

Im Kaiserreich hatte es keine zentralen Reichs-, sondern nur einzelne Länderministerien gegeben. Erst die Kriegsnotwendigkeiten führten zur Errichtung von Reichsämtern als Vorläufern der Ministerien. Auch die Angelegenheiten der Ernährung und Landwirtschaft waren nicht auf Reichsebene koordiniert worden. "Die Förderung der Landwirtschaft war Angelegenheit der Bundesstaaten; sie bedienten sich dazu entweder, wie in Preussen, eines eigenen Landwirtschaftsministeriums oder sie belassen die verwaltungsmässigen Fragen der Landwirtschaft in ihren Innen- oder Handelsministerien. Die Zollpolitik dagegen war Reichssache; und da die Zölle in den Jahrzehnten vor dem 1. Weltkrieg das wichtigste, wenn nicht das einzige Steuerungsmittel für den Aussenhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und ihres Preisniveaus waren, spielten sich die grossen Auseinandersetzungen über die dabei berührten Grundsatzfragen auch auf der Reichsebene ab." (2) Aber schon vor dem 1. Weltkrieg gab es gewichtige Stimmen, "die ein Eingreifen des Staates in die Nahrungsmittelversorgung als dringlich erklärten. Bis 1914 waren solche Forderungen sowohl von den Bundesstaaten wie den Gemeinden abgelehnt worden. Der ernährungswirtschaftliche Ausgleich von Angebot und Nachfrage war ausschliesslich dem freien Spiel der Kräfte, also vornehmlich der Tätigkeit von Handel und Genossenschaften, überlassen." (3) Ernährungswirtschaftlich unvorbereitet trat das deutsche Reich aus einer relativ ruhigen ernährungswirtschaftlichen Lage in einen Krieg ein, der nach Dauer und Bedeutung von der Reichsregierung erheblich unterschätzt worden war. Einzelaushilfen konnten, das wurde spätestens 1916 deutlich, der Probleme nicht mehr Herr werden. Nach provisorischen Hilfsmassnahmen in den ersten Jahren des Weltkrieges - das dem Reichskanzler unterstellte Reichsamt des Innern hatte, ursprünglich mit nur einem Referenten für landwirtschaftliche Angelegenheiten, eine Sonderabteilung mit einem Stab von Fachkräften aufgebaut - wurde am 22. Mai 1916 ein Kriegsernährungsamt neu gebildet, an dessen Spitze anfangs ein Präsident (v. Batocki), später ein Staatssekretär stand (August 1917). "Somit war einerseits ein einheitlicher organisatorischer Aufbau der Kriegsernährungswirtschaft geschaffen worden, andererseits war zum ersten Male für das Reichsgebiet eine ernährungs- und damit auch weitgehend produktionspolitische Zentralinstanz entstanden. Der Krieg hatte also

(2) 50 Jahre Reichsernährungsministerium - Bundesernährungsministerium, hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn 1969, Verf. Haushofer, H. und Recke, H. J., S. 7 (im Folgenden zitiert als: 50 Jahre).

(3) Ibid.

eine Entwicklung in zwei Jahre zusammengepresst, die im Frieden im bundesstaatlich organisierten Reich wahrscheinlich sehr viel längere Zeit in Anspruch genommen hätte - für die es aber schon vor 1914 Anzeichen gegeben hatte." (4) Nach Kriegsende, am 19. November 1918, wurde diese dem Reichskanzler unterstellte oberste Reichsbehörde in "Reichs-ernährungsamt" umgenannt. "Dieser neue Name zeigte, dass auch nach dem Wegfall der durch den Krieg bedingten besonderen Aufgaben zur Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes eine Oberste Reichsbehörde für den Bereich der Ernährung erforderlich schien. Die Aufgabe des Reichsernährungsamtes bestand denn auch in der Fortführung der ernährungswirtschaftlichen Zwangswirtschaft, soweit dies unter den vielfach chaotischen politischen Verhältnissen des Winters 1918/19 überhaupt möglich war. Die verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung in Weimar beschloss am 10. Februar 1919 das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt und schuf damit die provisorische Grundlage für Aufbau und Tätigkeit der Reichsregierung. Aufgrund dieses Gesetzes wurde am 21. Mai 1919 das Reichsernährungsministerium errichtet, in welchem das bestehende Reichsernährungsamt aufging. Sowohl in personeller wie in fachlicher Hinsicht blieb damit die Kontinuität der Arbeit gewahrt. Wenn der Kreis der alten "klassischen" Ministerien damit um ein neues Fachministerium erweitert wurde, so bestätigt das nur die furchtbare Ernährungslage, in der sich das deutsche Volk zur Zeit des Friedensvertrages von Versailles - er wurde am 28. Juni 1919 unterzeichnet - befand. Die Lebensmittelblockade der Alliierten war als Druckmittel bis zur Unterschrift aufrechterhalten worden. Zu den ersten Aufgaben des Reichsernährungsministeriums gehörte die Durchführung der im Friedensvertrag vorgesehenen landwirtschaftlichen Reparationen, wie u. a. die Lieferung von Zuchttieren. Der Name des neuen Ministeriums bestätigte im übrigen, dass sich seine Zuständigkeit zunächst im wesentlichen nur auf die bisherigen Aufgaben der Ernährungssicherung, also auf die Bewirtschaftung des Mangels, beschränken musste." (5) Ergebnis der in diesen Monaten geführten Grundsatzdebatte um das wirtschaftspolitische System der Republik, welche von Rudolf Wissell und Wichard von Möllendorf (6) dominiert wurde, war die Eingliederung des erst ein halbes Jahr alten Reichs-ernährungsministeriums als Sektion in das von Wissell geführte Reichswirtschaftsministerium (15. September 1919). Als Abteilung Land- und Forstwirtschaft leitete sie der bedeutende Agrarwissenschaftler und Verwaltungsmann Geheimrat Professor Ramm. Sein Poppelsdorfer Schüler Andreas Hermes, durch ihn als Mitarbeiter gewonnen - anfangs Sektionsleiter, nach dem Überwechseln von Professor Ramm als Unterstaatssekretär in das preussische Landwirtschaftsministerium Ministerialdirektor (Dezember 1919) und Abteilungsleiter -, beobachtete während dieser Tätigkeit die Entwicklung der Institution und des Ernährungssektors. Die zunehmende Zerrüttung der Ernährungswirtschaft, begleitet vom Verfall der Währung, brachte Hermes zu der Überzeugung, dass nur stärkste politische und agrarische Bemühungen der Reichsregierung einen grundsätzlichen Wandel würden herbeiführen können. "Der Rahmen der bisherigen Abteilung Land-

(4) Ibid. S. 8.

(5) 50 Jahre, S. 10/11.

(6) Möllendorf, W. v.: Der Aufbau der Gemeinwirtschaft. Konservativer Sozialismus. 1932.

und Forstwirtschaft im Reichswirtschaftsministerium mit ihrer überwiegenden Aufgabe, die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Verteilung von ernährungswirtschaftlichen Gütern aufrechtzuerhalten, genügte dafür nach seiner Ansicht nicht. Darüber hinaus ging es auch um eine grundsätzliche Entscheidung: Sollte der Versuch fortgesetzt werden, die Zwangswirtschaft der Kriegsfolgejahre in eine friedensmässige Planwirtschaft etwa im Sinne Wissells und Möllendorfs überzuleiten oder musste nicht schnellstens die Privatinitiative der landwirtschaftlichen Erzeuger angesprochen und freigesetzt werden? Hinzu kam, dass die breite landwirtschaftliche Praxis, vor allem die organisierte Bauernschaft, in allen ihren Stellungnahmen die unverzügliche Befreiung von den kriegswirtschaftlichen Fesseln verlangte. In dieser Lage machte Hermes als zuständiger Abteilungsleiter im Reichswirtschaftsministerium im Winter 1919/20 verschiedene Vorschläge, das Gewicht der Agrarpolitik des Reichs mehr in Richtung einer Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu verlegen. Der Erfolg blieb dabei zunächst aus, weil es sich nicht nur um eine rein organisatorische Frage, sondern um eine Grundsatzfrage der Wirtschaftspolitik handelte. Erst nach der Umbildung der Reichsregierung nach dem Kapp-Putsch im Frühjahr 1920 gelang es der Initiative von Hermes, das selbständige Ministerium wiederherzustellen. Durch Erlass des Reichspräsidenten Ebert vom 30. März 1920 - also fast genau ein Jahr nach der Errichtung des ersten Reichsernährungsministeriums - wurde das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft neugegründet. (7) Bezeichnend für die Hermessche Konzeption, die - später durch negative Erfahrungen mit dem entgegengesetzten Experiment in Grossbritannien gewissermassen indirekt bestätigt - eine Trennung von Ernährung und Landwirtschaft in zwei Ministerien ablehnte, kam programmatisch im neuen Namen zum Ausdruck.

Daran, wie Hermes dem Ministerium Geltung verschaffte und wie er es personell besetzte, zeigt sich, dass er hier geschickt die seinen sachlichen Intentionen und persönlichen Ambitionen günstige Konstellation nach dem Kapp-Putsch nutzte. Obwohl nicht offizielles Zentrums-Mitglied, stand Hermes dieser Partei seit seiner früheren Zugehörigkeit zum Windthorstbund nahe. (8) (9) Über den einflussreichen Zentrumsabgeordneten Herold (10) gelang es Hermes, sein Sachprogramm bei der notwendigen Regierungs-umbildung im März 1920 durchzusetzen. Bei der Personalauswahl mag ausser den genannten Empfehlungen für das Zentrum die Befürwortung seiner Anwartschaft auf das neue Reichsministerium durch seinen späteren Schwiegervater mitgesprochen haben. (11) Hermes war in vier aufeinander-

(7) 50 Jahre, S. 12/13.

(8) Reichardt, S. 64.

(9) BA R 43 I/927; Z-Denkschrift vom Herbst 1919, die eine Beförderung von Hermes empfahl.

(10) Zu Herold: Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei 1917-23. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 23, Düsseldorf 1966; (zitiert als: Morsey, 1917-1923); Bachem, Carl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, 9 Bde., Köln 1927/31; vgl. Bd. 8, S. 347; Jacobs, Ferdinand: Deutsche Bauernführer. Schriften zur ländlichen Bildung, Bd. 2, Düsseldorf 1958, S. 100.

(11) Reichardt, S. 78 und Memoirenmanuskript Frau A. Hermes S. 133 und S. 147.

der folgenden Kabinetten unter drei Reichskanzlern Reichsernährungsminister: in der Reichsregierung Hermann Müller (27. März - 8. Juni 1920), der Regierung Fehrenbach (25. Juni 1920 - 4. Mai 1921) und den Kabinetten Wirth (10. Mai 1921 - 14. November 1922). Dabei führte er gleichzeitig seit dem 26. Oktober 1921 kommissarisch das Reichsfinanzministerium, dem er sich seit der Niederlegung des Reichsernährungsministeriums am 10. März 1922 ausschliesslich widmete; d. h. Hermes war ziemlich genau zwei Jahre Reichsernährungsminister.

Wie schwierig die Arbeit von Hermes als Reichsernährungsminister war, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, wie eng der Entscheidungsraum war. Auf der einen Seite befand man sich in einem ernährungswirtschaftlichen Engpass. Zwischen den divergierenden Interessen von städtischen Verbrauchern und landwirtschaftlichen Erzeugern - die einen politisch von der sich als Arbeiterpartei verstehenden SPD, die anderen u. a. vom Hermes stützenden agrarischen Flügel des Zentrums vertreten, gekoppelt zudem mit unterschiedlichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programmen - waren nur Kompromisse möglich. Auf der anderen Seite wurde jede Bemühung, die Agrarproduktion anzukurbeln, durch die fortschreitende Geldentwertung in Frage gestellt. "Es fehlte ein fester Massstab oder ein erster Kristallisationspunkt für eine Stabilisierung. Infolgedessen gehörten die regelmässigen Verhandlungen über die Festsetzung der Erzeugerpreise für die wichtigeren landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu den qualvollsten Aufgaben des Reichsministeriums. Jede Neu festsetzung, die praktisch eine Erhöhung der Verbraucherpreise nach sich zog und damit zum Politikum wurde, wurde binnen kurzem von der Erhöhung der Verbraucherpreise eingeholt. Das Ministerium hatte in dieser Lage eine von Sachverständigen und Vertretern der Verbraucher gebildete Indexkommission (12) einberufen, um eine Methode der Produktionskostenberechnung zu erarbeiten und danach den Versuch zu unternehmen, "gerechte" Erzeugerpreise festzulegen. Aber wenn das Ministerium den Standpunkt vertrat, dass diese Preise für ein ganzes Wirtschaftsjahr gelten müssten, wurde allen solchen Berechnungen schon innerhalb weniger Monate, gegen Ende der Inflation in Wochen und Tagen, die Grundlage entzogen. Die Folge war wiederum die schwindende Ablieferungsbereitschaft der Landwirtschaft. Die Tätigkeit des Ministeriums und seiner zahlreichen, aus der Kriegswirtschaft ererbten Reichsstellen, Reichsausschüsse und Kriegsgesellschaften glich mehr und mehr einem Fass ohne Boden." (13) Trotz dieser Schwierigkeiten versuchte Hermes, das Programm, mit dem er angetreten war, nämlich Abbau der Kriegszwangswirtschaft und Überleitung in eine freiere Nachkriegswirtschaft, durchzuführen. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem kompromissbereiten, aber prinzipiell auf dem Boden der freien Marktwirtschaft stehenden Hermes und den Reichstagsabgeordneten der USPD. (14) Die Auseinandersetzung lässt sich besonders deutlich am Beispiel der Düngemittelfrage aufzeigen, an der die USPD die prinzipielle Forderung nach der Sozialisierung von Grund und Boden, speziell des Grossgrundbesitzes, aufhing. Hier

(12) Der Streit um einen "gerechten" Preis und der Versuch, ihn mit Hilfe einer Indexberechnung festzustellen, spielte in der Krise der späteren Weimarer Republik eine grosse Rolle. s. u.

(13) 50 Jahre, S. 14.

(14) RT Bd. 346, RT-Debatten vom 6./7. November und 7. Dezember 1920.

nun zeigte sich in der Debatte, wo die Grenzen der Verständigungsmöglichkeiten und der Hermesschen Kompromissbereitschaft lagen. Bereit, zwangswirtschaftliche Massnahmen zeitweise zu akzeptieren, konnte er irreversiblen Eingriffen in das Privateigentum, der Grundlage der freien Wirtschaft, nicht zustimmen. Wenn es zu dieser Forderung kam, gab es für Hermes keine Kompromisse mehr. Für diese Überzeugung, die für Hermes 1945 zu einer persönlichen Schicksalsfrage wurde, war er bereit, alles einzusetzen. Andererseits konnten aber auch die linken Angreifer des Reichsernährungsministers in dieser Prinzipienfrage nicht durch Widerlegung konkreter Einzelfragen besiegt werden. Konsequenz des unaufhebbaren Gegensatzes zwischen Hermes und seinen Gegnern im Parlament war deren Ausweichen in persönliche Angriffe. Geht man den Vorwürfen der Gegner von Hermes nach - Einzelheiten interessieren hier nicht - (15), so gewinnt man den Eindruck, der sich später bei der ausführlichen Behandlung des Prozesses von 1933/34 erhärten wird: zwar Bagatellfälle, denen im Einzelfall keine grosse Bedeutung beizumessen ist; aber die Häufung der Fälle, in denen dem Reichsminister Hermes Vorwürfe angehängt werden konnten, wobei immer etwas zurück blieb, hätte von Hermes vermieden werden müssen. Es ist unverständlich, dass er nach den ersten Erfahrungen nicht die notwendigen Konsequenzen zog und sich auch in Verfahrensfragen peinlich korrekt verhielt, zumal er bei der Gegnerschaft der USPD jedem Schein eines begründbaren Vorwurfs hätte aus dem Wege gehen müssen. Man sollte bei der Beurteilung der Anklagepunkte nicht wie die parteipolitischen Gegner von Hermes vorgehen, die formal angreifbare Handlungen im Zuge ihrer Attacken sachlich masslos aufbauschen. Vielmehr sollte man die provisorischen Zustände der Nachkriegszeit und die improvisierten vorläufigen Hilfsmassnahmen während des Aufbaus des neuen Reichsernährungsministeriums berücksichtigen. Dann kommt man zu dem Urteil, dass es sich zwar nicht um Verfehlungen in der Sache handelte, Hermes jedoch auch als Beamter nicht "preussisch korrekt", sondern nach privatwirtschaftlichen Gepflogenheiten vorging und sich auch nach den ersten Erfahrungen reichlich unvorsichtig und grosszügig verhielt.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Hermes sein Ziel im Rahmen des Möglichen erreichte. Bis auf weniger wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse wurden die seit dem 4. August 1914 bestehenden Einfuhrerleichterungen beibehalten und das Zollsystem der Vorkriegszeit nicht wieder eingeführt. "Bei allen wichtigen Agrarprodukten blieb die seit Kriegsbeginn bestehende Zollfreiheit im Interesse der Verbraucher erhalten. Mit der Steigerung der einheimischen Erzeugung und dem allmählich anlaufenden Aussenhandel konnte die Zwangswirtschaft auf den meisten Gebieten schon 1921 abgebaut werden. Nur die Getreidebewirtschaftung wurde im Interesse einer geordneten Versorgung und wegen der politischen Bedeutung des Brotpreises aufrechterhalten. Das Umlageverfahren mit Ablieferungskontingenten wurde für die Ernte 1922, also vier Jahre nach Kriegsende, zum letzten Male angewandt." (16)

(15) Am 15. Dezember 1920 wurde auf Antrag der USPD vom 2. Dezember ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur Klärung der Vorwürfe eingesetzt. RT Bde. 346/7, 353, 364/65, 376, Aktenstück Nr. 5485, S. 6014 ff.

(16) 50 Jahre, S. 14/15.

Neben den prinzipiellen Grundfragen ging es in der innerdeutschen Praxis für den neuen Reichsminister darum, sich den verschiedenen älteren Landwirtschaftsministerien der Länder gegenüber durchzusetzen und zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit ihnen zu gelangen. Hermes führte periodische Konferenzen mit den Ernährungs- und Landwirtschaftsministerien ein, die abwechselnd an verschiedenen Orten ausserhalb Berlins stattfanden; so z. B. am 15. Januar 1921 in Dresden (17). Ebenso bemühte sich Hermes um das Gespräch zwischen Landwirtschaft und Wirtschaft, so dass z. B. am 2. August 1921 eine Besprechung in Ludwigshafen stattfand (18). Als Reichsernährungsminister hat Hermes vielfältige Anregungen gegeben und Neu- bzw. Wiedergründungen vorgenommen. An die vorausgegangene Gründung des Reichsforstwirtschaftsrates schloss sich die des Reichsausschusses für Technik in der Landwirtschaft an (heute Kuratorium für . . .), welcher der Technisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft durch Zusammenarbeit von Industrie, Landwirtschaft und Wissenschaft dienen sollte. Weiter widmete sich Hermes der Landarbeitfrage, mit der sich eine Arbeitsgemeinschaft, an der die landwirtschaftlichen Unternehmer beteiligt waren, beschäftigte.

Das besondere Verhandlungsgeschick von Hermes und seine Erfahrungen aus den Jahren 1905 - 1914 bei der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Berlin und dem Internationalen Agrarinstitut in Rom kamen bei dem Wiederanknüpfen internationaler Kontakte auf den Konferenzen von Spa (5. - 16. Juli 1920) (19), London (deutsch-englische Ernährungskonferenz am 24. August 1920) und Stresa (deutsch-italienische Ernährungskonferenz vom 6./7. September 1920) zur Geltung.

Bei einer Rückbesinnung auf die Tätigkeit von Hermes als Reichsernährungsminister drängt sich mir, wie so häufig in seiner Laufbahn, der Eindruck auf: Da Hermes immer mehr Anreger und Initiator als konsequenter Vertreter einer Linie über einen langen Zeitraum hinweg war, war es eine glückliche Entscheidung, ihn mit dem Neuaufbau des Reichsernährungsministeriums zu beauftragen. Hier wie in der Anbahnung des abgebrochenen Gesprächs mit den Alliierten fanden die Fähigkeiten von Hermes ihren angemessenen Wirkungskreis.

Noch während Hermes den Posten des Reichsernährungsministers innehatte, wurde ihm im Kabinett Wirth II am 26. Oktober 1921 erst kommissarisch, am 10. März 1922 endgültig (20) auch das Reichsfinanzministerium übertragen. Im Reichsernährungsministerium löste ihn am 31. März 1922 Anton Fehr vom Bayerischen Bauernbund (21) ab, mit dem Hermes später, in den Jahren der ausgehenden Weimarer Republik, in der Grünen Front eng zusammenarbeitete. Nachdem das Kabinett Wirth am 14. November 1922 zurückgetreten war, erhielt Hermes den Finanzministerposten auch in der folgenden Regierung Cuno (Demission am 12. August 1923). Hermes war also fast zwei Jahre für die Finanzen des Deutschen Reiches verantwortlich.

(17) Schulthess¹ Europäischer Geschichtskalender. Hrsg. Stahl, Wilhelm, ab 1921 Hrsg. Thürauf, Ulrich. N. F. 34. Jg., Bd. 59, 1918 ff. München; (zitiert als: Schulthess, 1921).

(18) *ibid.*

(19) Vgl. Bergmann, Carl: Der Weg der Reparation, Von Versailles über den Dawesplan zum Ziel, Frankfurt/Main 1926, S. 52 ff.

(20) Schulthess, S. 33/34.

(21) Laubach, Ernst: Die Politik der Kabinette Wirth 1921/22. Historische Studien Heft 402, Lübeck/Hamburg 1968, S. 159 Anm. 186.

Wie sah diese Zeit aus? Es waren die Jahre, die durch Anwachsen der Inflation und ungeklärte, steigende Reparationsverpflichtungen gekennzeichnet sind. Eng mit beiden Problemen verbunden und sie verschärfend trat 1923 der Ruhrkampf hinzu. Fachlich auf das Amt des Finanzministers nicht vorbereitet, übernahm Hermes den undankbaren Posten zu einer Zeit, als alle Haushaltsberechnungen mit dem grossen Fragezeichen, dem Unsicherheitsfaktor noch nicht festgelegter Reparationszahlungen versehen waren. Schon vor Hermes war bei der Behandlung des Problems der Geldentwertung auf deutscher Seite viel versäumt worden. Als dann im Januar 1923 noch erschwerend der Ruhrkampf hinzutrat, der - Ausdruck einer Verhärtung der Fronten bei den Reparationsverhandlungen - nicht nur eine finanzwirtschaftliche, sondern, derart auch gerade von Hermes so aufgefasst, als passiver Widerstand eine stark national-politische Seite hatte, sah sich der Reichsfinanzminister der unlösbaren Aufgabe gegenüber, gleichzeitig der Inflation Herr werden und die Finanzierung des Ruhrkampfes gewährleisten zu müssen. An dieser Aufgabe ist nicht nur Hermes, sondern das Kabinett Cuno gescheitert.

So weit der Überblick. Nun zu den Einzelheiten Hermesscher Finanzministertätigkeit.

Mit dem Auftrag angetreten, die Reparationsfrage nach dem Londoner Ultimatum zu lösen, hatte sich Wirth in der Doppelfunktion von Kanzler und Finanzminister zum Erfüllungspolitiker par excellence entwickelt. Um die Grundgedanken der Erfüllungspolitik in die Wirklichkeit umzusetzen, unterbreitete Wirth ein Wirtschafts- und Reparationsprogramm. Dieses umfasste den Ausbau von Steuern, Massnahmen zur Importdrosselung und Exportsteigerung, was qualitative und quantitative Höchstleistungen von Industrie und Landwirtschaft voraussetzte. Gerade die den agrarischen Sektor betreffenden Massnahmen sollten der Intention Wirths dienen, allen Bevölkerungskreisen die Grundgedanken seiner Erfüllungspolitik zu demonstrieren (22). Reichsernährungsminister Hermes vertrat die von Wirth vorgezeichnete Linie in der Agrarpolitik.

Durch die Oberschlesienfrage zum Rücktritt gezwungen, bildete Wirth im Oktober 1921 ein um nur wenige Posten verändertes "Kabinett der Persönlichkeiten" (23). Während er selbst neben dem Kanzlerposten auch den des Aussenministers übernahm, wurde Hermes, weiter Reichsernährungsminister, zusätzlich kommissarisch das Finanzministerium anvertraut. "Hinter den so geringfügig aussehenden Veränderungen des Kabinetts gegenüber seinem Vorgänger verbarg sich indessen eine nicht unbedeutende Abwandlung der politischen Konzeption. Symptomatisch war dafür der Austausch des Ressorts, das der Kanzler im Nebenamt verwalten wollte. Wirth war im Sommer sein eigener Finanzminister geblieben, um dafür Sorge zu tragen, dass auf finanzpolitischem Gebiet alles getan wurde, um die Erfüllung des Ultimatums zu ermöglichen. Mit den Steuergesetzvorlagen, die er gerade in den Tagen, als seine Regierung nur geschäftsführend war, dem Reichstag zuleiten konnte, war die wichtigste Phase dieser Arbeit abgeschlossen. Die Durchpeitschung im Reichstag und die notwendige Intensivierung der Steuereintreibung konnte er einem anderen überlassen. Hierfür mochte, nachdem die Regierungsbeteiligung der Deutschen Volkspartei hinfällig geworden war, Hermes am geeignetsten erscheinen, der sich bei jener, wenn auch nicht bei den Arbeiterparteien, auf Grund seiner Agrar-

(22) Laubach, S. 40.

(23) RT Bd. 351, S. 4759, Abg. Breitscheid.

politik eines gewissen Vertrauens erfreute" (24). Gerade weil Besitz, Kapital und Unternehmertum den als "katholischen Sozialdemokraten" apostrophierten Wirth ablehnten und negative Auswirkungen der Linksorientierung befürchteten (25), mochte es diesem geraten erscheinen, zur Beschwichtigung dieser Kreise einen Exponenten der Zentrumsmitte in die Regierung mit aufzunehmen.

Hermes wusste, dass er in seiner Finanzpolitik weitgehend durch die Situation und die Grundlinien der alten und neuen Regierung festgelegt war. Er selbst verwies in seiner ersten Rede als Reichsfinanzminister vor dem Reichstag anlässlich der ersten Lesung sämtlicher Steuervorlagen (4. November 1921) ausdrücklich auf den von Wirth am 1. Juni abgesteckten verpflichtenden Rahmen, als deren Konkretisierung er die vorliegenden Steuergesetzesentwürfe verstand (26). Da diese fertig vorlagen, als Hermes sein neues Amt antrat, war er nicht nur in den Grundzügen, sondern auch in den Einzelheiten ihrer Ausführung gebunden. Er konnte nicht neu anfangen. Mit seiner Tätigkeit beginnt kein neuer Abschnitt in der Finanzpolitik der frühen Weimarer Republik, sondern er setzte vorgegebene Entscheidungen durch.

Das jedoch war kein leichtes Unterfangen. In heftigen Auseinandersetzungen im Reichstag (27) begründeten die Redner der MSPD und der USPD ihre prinzipielle Kritik, wobei auch der neue Finanzminister nicht geschont wurde. Hertz von der USPD bezeichnete es als die Hauptaufgabe der Regierung, den Sturz der Mark aufzuhalten. Alles andere sei Herumdoktern an Symptomen. Weder die Regierung Wirth mit dem Reichsfinanzminister Hermes noch die beiden folgenden Reichsregierungen waren in der Lage, diese im Kern berechnigte Kritik mit konventionellen finanzpolitischen Massnahmen zu widerlegen. Erst als das zweite Kabinett Stresemann mit Reichsfinanzminister Luther den Mut zu unorthodoxen Entschlüssen fand, gelang es, dem Grundübel der Finanzpolitik, der Inflation, Herr zu werden. Mit dem "Wunder der Rentenmark" wurde die innere Voraussetzung für eine solide Reparationspolitik geschaffen. Allerdings kann man den Regierungen Wirth, Cuno und Stresemann (I) rückblickend nicht einfach Versagen vorwerfen mit der Forderung, was man im Herbst 1923 tat, hätten sie auch schon früher durchführen können. Die Schaffung der Rentenmark war erst möglich, als man die Erfahrungen des Jahres 1923 gemacht hatte und "die Zeit reif" war, eine völlig neue Finanzpolitik einzuleiten.

Nicht bereit, die von der USPD geforderte radikale Neuorientierung der Finanzpolitik vorzunehmen, konnte es der bürgerlichen Minderheitsregierung Wirth trotz der zu erwartenden Schwierigkeiten nur darum gehen, eine parlamentarische Mehrheit für ihr Programm zu gewinnen. Das gelang, indem Wirth die Zusammenarbeit mit der SPD, Hermes die mit der Deutschen Volkspartei sicherte.

"Die gleich danach erfolgende Ernennung von Hermes zum vollamtlichen Finanzminister (28) wurde allgemein als die Gewährleistung der von der Deutschen Volkspartei verlangten "persönlichen Garantien" verstanden und war auch wohl so gemeint; denn Hermes hatte dank seiner guten Beziehungen zur Deutschen Volkspartei erheblich zur definitiven Eini-

(24) Laubach, S. 106.

(25) Morsey, 1917 - 1923, S. 423.

(26) RT Bd. 351, S. 4820 ff.; Schulthess, S. 309 ff.; vgl. Laubach, S. 119 ff.

(27) Vgl. Anm. 26.

(28) Am 10. März 1922, Schulthess, S. 33/4.

gung beigetragen und sah selbst seine Aufgabe darin, jene möglichst nahe an die Regierung heranzubringen " (29). Das durch Zustimmung von SPD, Deutscher Demokratischer Partei, Zentrum, Bayerischer Volkspartei und Deutscher Volkspartei zustandegekommene Steuerkompromiss (9. März 1922) (30), vom Reichskanzler im Reichstag als "integrierender Bestandteil der auswärtigen Politik" (31) bezeichnet, passierte in Form von Steuergesetzen den Reichstag. (32)

Nachdem diese innerdeutschen Bemühungen für den praktischen Beweis des guten Willens und der prinzipiellen Unerfüllbarkeit des Londoner Ultimatus erbracht waren, setzte sich die Reichsregierung nun verstärkt auch für die theoretische Anerkennung ihres Standpunktes ein. Denn erst, wenn ihr dies gelungen war, konnte sie ihre Verhandlungen mit den Alliierten über eine Anleihe oder ein Moratorium mit Aussicht auf Erfolg weiterführen. Zwei Theorien standen sich gegenüber. Im Londoner Ultimatum hatte man sich an die englische Theorie gehalten, Ursache des Währungsverfalls sei primär die Unausgeglichenheit des Staatshaushalts. Erst nachdem dieser in Ordnung gebracht sei, könne an die Gewährung von ausländischen Krediten gedacht werden (33); d. h. die Alliierten erklärten sich erst dann zu finanziellen Unterstützungen für den deutschen Staat bereit, nachdem dieser erwiesen hatte, dass er selbst alle inneren Massnahmen zur Währungsstabilisierung ergriffen habe. Dem stand die deutsche Auffassung gegenüber, primäre Ursache der deutschen Geldentwertung sei die hoffnungslos negative Zahlungsbilanz. Daraus ergab sich, dass ausschliesslich innerdeutsche Massnahmen nie dem Übel an seiner Wurzel beikommen konnten und es wichtiger war, "zum Ausgleich der Zahlungsbilanz zunächst die Anleihe und in weiterer Sicht die Revision der Reparationen überhaupt zu betreiben." (34)

Die Weltwirtschaftskonferenz von Genua war der wichtigste Versuch, dem deutschen Standpunkt zu internationaler Anerkennung zu verhelfen (35). Dies, nicht mehr und nicht weniger, setzte die deutsche Delegation, deren wichtigste Teilnehmer Rathenau, Hermes, Reichsbankpräsident Havenstein und Staatssekretär Schroeder waren, durch, trotz der vorübergehenden Unterbrechung und Verschlechterung der Konferenzatmosphäre durch den unerwarteten Abschluss des Rapallo-Vertrages (16. April 1922). Es ist hier kein Raum, auf die einzelnen Etappen des Verhandlungsganges in Genua einzugehen. Nur das Ergebnis kann hier erörtert werden. Bei der abschliessenden Beurteilung ist dem Urteil Erdmanns zuzustimmen, der eine Verbindung zwischen Genua und dem Dawes-Plan sieht und feststellt, der theoretische Erfolg der Finanzkommission in Genua habe die

(29) Laubach, S. 158 f.; vgl. dazu Morsey, 1917-1923, S. 445, Anm. 10 und 11.

(30) Schulthess, S. 32/3.

(31) Schulthess, S. 40 ff.; RT Bd. 353, S. 6613 ff.

(32) 2. Lesung: 20. - 24. März 1922, 3. Lesung: 31. März-4. April 1922; Schulthess S. 36 und S. 45.

(33) Vgl. Erdmann, Karl Dietrich: Deutschland, Rapallo und der Westen. VjHZG 11. Jg. 1963, S. 102.

(34) *ibid.* S. 105 ff. und S. 121-125.

(35) Vgl. zum heute als gegen die damalige deutsche Auffassung wissenschaftstheoretisch und praktisch entschieden Streit zwischen der "Wechselkursstheorie" und der "Zahlungsmittel- und Kreditschöpfungstheorie" Fischer, Wolfram: Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945, Opladen 1968, S. 22 f.

Voraussetzung für die zwei Jahre später eingeleitete Praxis der Reparations- und Schuldenregelung geschaffen. Ohne die Erfahrungen des Jahres 1923 gering anzuschlagen, kommt Erdmann zu dem Ergebnis: ohne Rapallo kein Locarno, ohne Genua kein Dawes-Plan. " Die Konferenz (= Genua) hatte das Ergebnis, das sie, vom deutschen Standpunkt aus gesehen, bestenfalls überhaupt haben konnte. Es war ein Ergebnis im Bereich der Theorie. Aber es wäre wahrhaftig unerlaubt, es deshalb in seiner historischen Bedeutung gering zu schätzen. Mit der auf dem grossen internationalen Forum bestätigten These, dass Deutschland und damit auch im Grunde der in Unordnung geratenen europäischen Wirtschaft nur zu helfen war, indem man an die Frage der Zahlungsbilanz, d. h. der internationalen Verschuldung, d. h. der Reparationen heranging, wenn auch zunächst nur auf dem Umweg über Anleiheverhandlungen, war ein Standpunkt gewonnen, an dem praktische Bemühungen anknüpfen konnten. Die unter so starker amerikanischer Beteiligung zustande gekommene neue Regelung der Reparationsfrage im Dawes-Plan des Jahres 1924 und die ihm nachfolgende internationale Reparationsanleihe für Deutschland haben dann schliesslich verwirklicht, wofür in Genua dank der erfolgreichen Arbeit der deutschen Delegation die theoretischen Grundlagen gelegt werden konnten. " (36) An diesem Erfolg hatte Hermes keinen geringen Anteil.

Schon bald nach Genua bewies er erneut sein Verhandlungsgeschick, und zwar in Paris. Dort begann er den soeben errungenen Sieg der deutschen Theorie in die Praxis umzusetzen. Dabei erwies er sich wieder als ein äusserst geschickter Taktiker. Es gelang ihm, den deutschen Standpunkt trotz grosser Widerstände im eigenen und im fremden Lager konsequent zu vertreten, und ihm nach der theoretischen Anerkennung (Genua) auch praktische Gültigkeit zu verschaffen (Paris). Er verstand es, bei Festhalten an der prinzipiellen Grundauffassung dennoch so geschmeidig zu bleiben, dass er im entscheidenden Augenblick die Konzessionen bewilligen konnte, ohne die die Konkretisierung des deutschen Standpunktes nicht möglich gewesen wäre.

Trotz der massgeblich von Hermes mit erstrittenen Erfolge in Genua und Paris hoffte die deutsche Regierung vergeblich auf konkrete Hilfe in Form einer Anleihe oder einer Neuregelung der Reparationsfrage. Die wenn nicht erfolglose, so doch nach aussen wenig glanzvolle Erfüllungspolitik machte es der Regierung Wirth immer schwerer, innenpolitisch Resonanz für eine Finanz- und Wirtschaftspolitik zu finden, deren Ergebnis - ob auch von ihr verschuldet, mochte noch dahingestellt bleiben - offensichtlich die steigende Inflation war. So ist es nicht zu verwundern, dass die innerdeutsche Kritik an der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung immer häufiger geäussert wurde und schliesslich im November 1922 den Bruch der Koalition herbeiführte.

Cuno, dem Direktor der Hapag, gelang es am 22. November 1922, ein bürgerliches parteiloses Fachministerium, auch "Kabinett der Arbeit" (37) oder Kabinett der Männer "mit diskontfähiger Unterschrift" (38) genannt, zu bilden. Die Probleme dieser Regierung waren prinzipiell die gleichen

(36) Erdmann, S. 164/5.

(37) Fischart, Johannes (= Pseudonym für Dombrowski, Erich): Das Alte und das Neue System. Die politischen Köpfe Deutschlands, 4 Bände, Berlin 1919-1925, Bd. 4, S. 117.

(38) Gebhardt, Bruno: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4: Die Zeit der Weltkriege, von K. D. Erdmann,⁸ Stuttgart 1960, S. 130.

wie die der vorigen. Ganz wesentlich verschärft wurde die Situation jedoch seit der Ruhrbesetzung und dem dadurch hervorgerufenen Ruhrkampf. Wie Morsey belegt, taten sich die Zentrums-Politiker "in der uneingeschränkten Unterstützung der Politik des passiven Widerstands als besonders angriffslustig" hervor, begrüßten diesen überschwänglich, da er "die zeitweilige Überwindung aller Partei- und Klassenunterschiede" herbeiführe, und sahen "in der planmässigen Fortsetzung des passiven Widerstands die einzige Möglichkeit, den Kampf für die Freiheit und Einheit des Reiches erfolgreich bestehen zu können." (39) Einen prominenten Platz nahm Hermes unter den Zentrums-Politikern ein. Das lässt sich durch seine Verordnungen als Reichsfinanzminister belegen, durch seine Äusserungen im Reichstag (40), eine Rede vor dem Reichsausschuss des Zentrums (Hagen, 11. März 1923; Unser Kampf gegen Gewalt und Willkür) (41) und durch sein Verhalten im April 1923 bei den Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsführern und Vertretern der Reichs- und der preussischen Regierung. (42) Interessant sind diese Gespräche, weil sie sich um zwei Grundfragen drehten, die von nun an bis zum Sturz der Regierung Cuno und der Beilegung des Widerstandes nicht mehr zur Ruhe kamen: die Möglichkeiten für Verhandlungen mit Frankreich und die Frage der Finanzierung des Ruhrkampfes. Von den Gewerkschaften wurde aus konkretem Anlass der alte Vorwurf gegen die Reichsregierung Cuno-Hermes erhoben, mit den prinzipiell falschen Mitteln den Kampf gegen die Inflation zu führen. Die von den Gewerkschaften schon im April 1923 heraufbeschworene Konstellation, nämlich Koppelung der Probleme Finanzierung des Ruhrkampfes bzw. Auffangen der Inflation und Umbildung bzw. Neukonstituierung der Regierung, führte im August 1923 zum endgültigen Scheitern der Regierung Cuno.

Hermes hat als Finanzminister versucht, sowohl den Ruhrkampf zu finanzieren als auch die Inflation zu stoppen. Von einem umfassenden Sanierungsprogramm ausgehend, hat er, gleichzeitig national- und wirtschaftspolitische Gesichtspunkte in seinem Finanzkonzept vereinigend, zwei Markstützungsaktionen eingeleitet. Vor der Öffentlichkeit politisch begründet, sind beide schon bald finanziell gescheitert.

Das einhellige Urteil über die beiden Stützungsaktionen des Jahres 1923 ist ablehnend. (43) Jedoch ist es falsch, das Misslingen dem ressortmässig verantwortlichen Hermes allein zuzuschreiben. Wie Bergmann in einer genau belegten Analyse überzeugend schildert, kam ein gerüttelt Mass von Schuld auf das Konto des Reichsbankpräsidenten und der übrigen Reichsstellen, so der Reichsverwaltung und des Reichswirtschaftsministeriums. Diese hätten das nationalpolitisch motivierte langfristige Konzept des Reichsfinanzministers, welches dem Ziel diente, eine allgemeine Gesundung der Finanzen einzuleiten und das deshalb gleichzeitig mit der Stützungsaktion eine sorgfältige Finanzwirtschaft des Reiches, eine Änderung der bisherigen Kreditpolitik der Reichsbank und eine Umstellung der Währung auf Goldbasis gefordert hätte, durch ihre inkonsequente Haltung und Nachgiebigkeit gegenüber akuten Problemen durchkreuzt. Nach anfäng-

(39) Morsey, 1917 - 1923, S. 506 ff.

(40) Schulthess, S. 15; vgl. die Reichstagsrede von Hermes vom 25./26. Januar 1923, *ibid.* S. 19 und in: RT Bd. 358, S. 9507 C ff.

(41) Veröffentlicht Berlin 1923.

(42) Wentzcke, Paul: Ruhrkampf. 2 Bde, Berlin 1930/32.

(43) d'Abernon, E. V. Viscount: Ein Botschafter der Zeitenwende, 3 Bände, Leipzig 1929/30, Bd. 2, S. 304 ff., und Bergmann, C., S. 229 ff.